

Die Politik der Statusangst

Sabine Döring

Der Erfolg des Populismus speist sich aus einem komplexen Geflecht gesellschaftlicher Umbrüche: Globalisierung und ökonomische Umbrüche, Migration, Wertepluralismus und tiefgreifender sozialer Wandel nähren bei vielen Menschen das Empfinden, ihre vertraute Lebensweise sei im Niedergang oder zumindest akut bedroht. Dieses Gefühl verstärkt sich durch den verbreiteten Eindruck, nicht gehört zu werden und »abgehängt« zu sein. Eine Analyse dieser »Gefühle« ist Voraussetzung, um zu verstehen, wie populistische Akteure darauf aufbauend komplexe Begriffsschemata entwickeln, die Bedrohungserzählungen systematisieren und politisch instrumentalisieren.¹ Solche Schemata lassen sich als Ordnungssysteme begreifen, die Wahrnehmung und Interpretation politischer Wirklichkeit strukturieren, indem sie zentrale Kategorien (neu) besetzen und moralisch aufladen. Im Kern, so meine These, verwandeln sie Unsicherheit und Angst in ein Gefühl eigener Größe: Durch »Angstschemata« entsteht ein emotional fundiertes Begriffssystem gruppenbezogener Überlegenheit bis hin zu enthusiastischem Heroismus. Um solchen Angstschemata zu begegnen, so werde

1 Döring, Sabine (2009): *Philosophie der Gefühle*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Davidson, Donald (1973–1974): *On the Very Idea of a Conceptual Scheme*. In: *Proceedings and Addresses of the American Philosophical Association* 47, S. 5–20; Haslanger, Sally (2012): *Resisting Reality: Social Construction and Social Critique*. Oxford: Oxford University Press; Kukla, Rebecca and Mark Lance (2009): *›Yo!‹ and ›Lo!‹: The Pragmatic Topography of the Space of Reasons*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

ich argumentieren, müssen wir das Thema Selbstachtung zum integralen Bestandteil liberaler Politik machen.

»Populismus« verstehe ich hier im weitesten Sinn als den dogmatischen Anspruch, den »wahren Volkswillen« bzw. den »gesunden Menschenverstand« zu vertreten. Mit diesem Anspruch präsentiert der Populist das eigene Schema nicht bloß als alternative Sichtweise, sondern als einzig legitime Ordnung – was als solches bereits eine antipluralistische und damit illiberale Grundhaltung impliziert. Der Populist entwirft mit seinem Bezug auf *das Volk* ein exklusives Zugehörigkeitsversprechen: die Mitgliedschaft in einem imaginären Club. Im Rechtspopulismus ist diese Mitgliedschaft Ausdruck einer vermeintlich »natürlichen« Ordnung: Sie fällt dem Mitglied aufgrund bestimmter »natürlicher Merkmale« (z. B. Nationalität, Religion oder Ethnie) unmittelbar zu; sie muss nicht erworben werden. Essenzielles Charakteristikum des Clubs ist die vermeintliche Überlegenheit seiner Mitglieder.

Ist der Neoliberalismus schuld am Populismus?

Sowohl der Rechts- wie der Linkspopulismus setzen bei vielfältigen Ängsten um den Verlust des eigenen Status an. Mikko Salmela und Christian von Scheve haben hier mit ihrem Ressentiment-Ansatz einen wichtigen Beitrag geleistet, indem sie den Blick auf die affektive Dimension des Populismus lenken.² Sie argumentieren, dass zeitgenössische »neoliberale« Gesellschaften Gefühle von Unsicherheit, Ohnmacht und Wertlosigkeit sowie die Furcht vor Status- und Wohlstandsverlust hervorriefen. Diese Gefühle führten, so ihre These, zu tatsächlicher oder antizipierter Scham, die über einen emotionalen Mechanismus verdrängt werde, den die Autoren in Anlehnung an Friedrich Nietzsche als »Ressentiment« bezeichnen. In der Folge transformiere sich Scham in Zorn, Groll

2 Salmela, Mikko und Scheve, Christian von (2017): Emotional Roots of Right-Wing Populism. In: Social Science Information 56, S. 567–595; dies. (2018): Emotional Dynamics of Right- and Left-wing Political Populism. In: Humanity & Society 42, S. 434–454.

oder Hass gegenüber »Outgroups« (etwa Geflüchtete, Migranten, Langzeitarbeitslose, politische und kulturelle Eliten oder »Mainstream«-Medien).

Unklar bleibt dabei zum einen, was die Autoren unter »Neoliberalismus« verstehen. Offenbar ist damit so etwas wie »marktradikal« (vielleicht in der Folge Friedrich August von Hayeks und der »Chicago Boys«?) gemeint – eine Bedeutung, die im Gegensatz zum wohldefinierten historischen Neoliberalismus der 1930er und 1940er Jahre, einschließlich des Ordoliberalismus der Freiburger Schule steht, aus der diese ökonomische Begriffsschöpfung stammt und die den Markt gerade staatlich einhegen wollte.³ Zeichnet nicht ausgerechnet der von Salmela und von Scheve verfeimte »Neoliberalismus« in Gestalt der sozialen Marktwirtschaft der deutschen Nachkriegszeit exemplarisch verantwortlich für eine Epoche der Gemeinwohlorientierung und des sozialen Ausgleichs? Einer Epoche der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft«, in der jeder »das Gefühl entwickeln« konnte, »nicht mehr ganz »unten« zu sein, sondern an der Fülle und dem Luxus des Daseins schon teilhaben zu können«?⁴

Inzwischen hat sich in der Umgangssprache eingebürgert, mit dem Kampfbegriff »Neoliberalismus« eine Politik der Deregulierung, Privatisierung und Einschränkung sozialer Leistungen zu bezeichnen, die in den 1970er Jahren als Gegenreaktion zur »etatistischen Sklerose« westlicher Ökonomien aufkam und mit Namen wie Magarete Thatcher und Ronald Reagan verbunden wird. In Kontinentaleuropa stehen beide Lesarten nebeneinander.

Offensichtlich hat die *ökonomische* Besserstellung der Schlechtergestellten den Aufstieg der Rechten nicht verhindert.⁵ Salmela und

3 Krieger, Tim und Nientiedt, Daniel (2022). Der Ordoliberalismus: Begriff, historische Entwicklung und gegenwärtige Debatte. In: WiSt – Wirtschaftswissenschaftliches Studium, S. 27.

4 Schelsky, Helmut (1954): Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. Stuttgart: Ferdinand Enke, S. 224.

5 Rawls, John (1999): A Theory of Justice. Rev. ed. Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 65f.

von Scheve legen denn auch den Akzent nicht auf *absolute* materielle Not und Prekarität, sondern auf den *relativen* ökonomischen Status: Ressentiment entstehe aus dem Gefühl, im Vergleich zu anderen zurückgesetzt und entwertet zu sein. Aber auch das greift zu kurz, denn noch wichtiger ist die Veränderung des ökonomischen Status: Das Referenzszenario ist demnach nicht allein der höhere Status *anderer*, sondern der *eigene* vormalige Status.⁶

Rein ökonomische Erklärungen tragen nicht weit genug. In Ostdeutschland etwa, wo die AfD stärker ist als in westdeutschen Ländern, ist der Lebensstandard stark gestiegen (das BIP/Kopf hat sich seit 1991 im Westen ohne Berlin lediglich verdoppelt, im Osten ohne Berlin jedoch vervierfacht; auch in den letzten zehn Jahren ist das BIP/Kopf im Osten noch stärker gewachsen als im Westen: $\approx 32\%$ vs. $\approx 42\%$)⁷ und die Einkommensungleichheit ist niedriger (Gini-Koeffizient $\approx 0,26$ gegenüber $\approx 0,30$ im Westen).⁸ In den USA entschied sich 2024 eine Mehrheit gegen Einkommensumverteilung und Gleichheit für eine Politik, die Salmela und von Scheve vermutlich als »neoliberal« klassifizieren würden, obwohl diese

-
- 6 Empirisch bestätigt dies die Hertie-Studie zur intergenerationalen Statusmobilität: Junge Menschen wählen signifikant häufiger rechtspopulistisch, wenn sie im sozialen Status unter das Niveau ihrer Eltern fallen. Vgl. dazu Hertie School/University of British Columbia (2021): Downward Mobility Drives Support for Far Right in Europe, »<https://www.hertie-school.org/en/news/detail/content/downward-mobility-drives-support-for-far-right-in-europe>« (Letzter Zugriff: 03.09.2025).
 - 7 Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung, Mikrozensus 2023. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Gemeinsames Statistikportal, »<https://www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-10-weniger-ungleichheiten/gini-koeffizient-zur-einkommensverteilung>« (Letzter Zugriff: 13.09.2025).
 - 8 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2024. Tabelle 3.1. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Gemeinsames Statistikportal, »<https://www.statistikportal.de/de/vgrdl/ergebnisse-laenderebene/bruttoinlandsprodukt-bruttowertschoepfung#alle-ergebnisse>« (Letzter Zugriff: 13.09.2025).

ihnen zufolge doch gerade für Ressentiment verantwortlich sein soll.

Unabhängig davon, ob ein bestimmtes Maß an Ungleichheit gerechtfertigt erscheint oder nicht, tragen wahrgenommene oder gemessene Ungleichheit und ökonomischer Druck maßgeblich zum Aufstieg sowohl des Rechts- als auch des Linkspopulismus bei. Dabei ist zu unterscheiden zwischen vertrauten, als Teil der »natürlichen Ordnung« eingepreisten Statusunterschieden, die der Linkspopulist adressiert, und »neuen«, »modernen«, als unbekannt, bedrohlich und ungerecht wahrgenommenen Statusunterschieden, die Ansatzpunkte der Rechtspopulisten sind. Doch ökonomische Ungleichheit ist nur *eine* von vielen Ursachen für Gefühle der Unsicherheit oder des »Abgehängtseins«, die populistische Akteure aufgreifen und instrumentalisieren. Salmela und von Scheve betonen zu Recht die Angst vor Statusverlust. Doch »Status« umfasst ebenso Merkmale wie Nationalität, Ethnie, Religion, Sprache, traditionelle Geschlechter- und Familienhierarchien oder Bildung bis hin zur Erfahrung Älterer, mit den Jüngeren nicht mithalten zu können. Um dem Rechnung zu tragen, sei hier der Begriff der *multidimensionalen Prekarität* verwendet.⁹ Im Anschluss an Pierre Bourdieu umfasst sie ökonomisches, soziales, kulturelles und symbolisches Kapital;¹⁰ anknüpfend an Axel Honneth schließt sie zudem eine moralische Dimension ein, die aus Missachtungserfahrungen und der Entwertung von Lebensweisen resultiert.¹¹ Jede einzelne Dimension eines gefühlten Statusverlusts bietet einen

-
- 9 Vgl. aber auch bei Sen, Amartya (1999): *Development as Freedom*. Oxford: Oxford University Press und Knopf, Alfred und Butler, Judith (2004): *Precarious Life: The Powers of Mourning and Violence*. London/New York: Verso.
 - 10 Bourdieu, Pierre (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: Kreckel, Reinhard (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
 - 11 Honneth, Axel (1992): *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp und ders. (2010): *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Ansatzpunkt für Populisten, ausgeschlachtet zu werden – und wird es auch, indem sie jeweils korrespondierende Angstschemata gezielt erzeugen und in ihr begriffliches Deutungsrastrer einfügen.

Angstschemata

Obwohl Statistiken zeigen, dass die Zahl der Gewaltdelikte in Deutschland rückläufig ist, nimmt die Angst davor zu: Objektive Sicherheitsindikatoren und subjektives Sicherheitsempfinden klaffen auseinander. »Sicherheit«, so konstatiert Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul treffend, »ist nicht nur ein Fakt, sondern auch ein Gefühl«.¹²

Dieser Widerspruch zwischen Fakten und Gefühl erklärt sich dadurch, dass Emotionen wesentlich *Bewertungen* (z. B. als gefährlich) sind. Als »dichte Begriffe« sind sie nicht unabhängig von objektiven Eigenschaften der Welt; doch die evaluative Dimension einer emotionalen Bewertung bestimmt ihre Extension.¹³ Damit sind evaluativer und deskriptiver Gehalt emotionaler Wertbegriffe (wie ärgerlich, beneidenswert, empörend oder eben gefährlich), wie sie die gefühlte Wirklichkeit einer Gruppe oder Gemeinschaft strukturieren und definieren, unauflöslich miteinander verwoben. Außenstehende, die mit emotionalen Wertbegriffen einer Gruppe nicht vertraut sind, können diese daher nicht (vollständig) erfassen.¹⁴ Zudem lässt sich ein emotionaler Wertbegriff nie isoliert

12 Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2019): Ministerin Scharrenbach und Minister Reul: Dunkelfeldstudie soll erstmalig in Nordrhein-Westfalen Gewalt gegen Mädchen, Frauen, Jungen und Männer erheben, »<https://www.land.nrw/pressemitteilung/ministerin-scharrenbach-und-minister-reul-dunkelfeldstudie-soll-erstmalig-nordrhein>« (Letzter Zugriff: 03.09.2025).

13 McDowell, John (1982): Non-Cognitivism and Rule-Following. In: Holtzman, Steven und Leich, Christopher (Hg.), Wittgenstein: To Follow A Rule. London: Routledge, S. 141–162.

14 Williams, Bernard (1985): Ethics and the Limits of Philosophy. Cambridge, MA: Harvard University Press.

verstehen; er steht stets in Relation zu anderen emotionalen Wertbegriffen und bildet im Zusammenspiel mit weiteren Kategorien ein übergreifendes begriffliches Raster: das umfassende Begriffsschema einer Gemeinschaft.

Am Beispiel der Migrationsdebatte: Einwanderungsgegner und -befürworter vermögen kaum zu erfassen, was die jeweils andere Seite als Bedrohung wahrnimmt, und können daher kaum noch einen sachlichen, wahrheitsorientierten Diskurs führen. So bezeichnen Einwanderungsbefürworter die Helfer von Migranten im Mittelmeer als »Seenotretter«, während dieselben Akteure für Einwanderungsgegner »Schlepper« sind. Wer »Seenotretter« zurückweist, greift damit zugleich das Begriffsschema der Befürworter an; umgekehrt zielt die Ablehnung von »Schlepper« auf das gesamte Begriffsschema der Einwanderungsgegner. Der Streit entzündet sich an Begriffen, aber es geht um die Deutungsordnung *als Ganzes*.

Von der Angst zur Größe: Wie Populisten Abstiegsängste instrumentalisieren

Wie gelingt es dem Populisten, das Bild zu erzeugen, er sei der Einzige, der erkennt, was »das Volk will«, wer »wir« sind, und dass »wir« groß sind und immer groß waren? Wie gelingt es ihm, sich als Einzigen darzustellen, der durchschaut, was uns bedroht, und der im Besitz des Gegenmittels ist?

Die Antwort liegt in der Konstruktion und Instrumentalisierung von Angstschemata: Emotionale Schlüsselszenarien der Angst, die festlegen, was als bedrohlich gilt und wie darauf zu reagieren ist,¹⁵ werden von populistischen Akteuren bewusst selektiert, überformt und in ein umfassendes Begriffsschema integriert. Auf diese Weise gelingt es ihnen, das subjektive Sicherheitsgefühl ihrer Anhänger von objektiven Indikatoren abzukoppeln und Bedrohungen in ihrem Sinne zu inszenieren.

15 de Sousa, Ronald (1987): *The Rationality of Emotion*. Cambridge, MA: MIT Press.

Entscheidend ist dabei, so die These dieses Beitrags, ein im Kern antipluralistischer Mechanismus der *Bedrohungspolarisierung*: Nicht alle Ängste werden aufgebauscht, sondern gezielt jene herausgegriffen, die sowohl Opfer- als auch Größe-Inszenierungen stützen, insbesondere solche, vor denen die herrschende Elite angeblich keinen Schutz bietet. Andere Ängste, etwa vor Klimawandel oder Umweltzerstörung, werden hingegen relativiert und als bloße Instrumente einer manipulativen Elite umgedeutet. Darin liegt der systematische Grund für die Verschwörungslastigkeit populistischer Diskurse: Das im pluralistischen Diskurs als unanständig geltende fundamentale Untergraben von *Vertrauen* in die bestehende politische Führung, demokratische Institutionen, Wissenschaft und Wirtschaft (etwa den Bankensektor) fungiert als emotionaler Gegenpart zur geschürten Angst.

Der emotionale Mechanismus ist zweistufig. Im ersten Schritt wird die Bedrohung als unverdient oder ungerecht inszeniert und damit die Opferrolle etabliert. Im zweiten Schritt erfolgt die Umdeutung der Opferrolle in eine Position souveräner Meisterschaft: vom passiven Spielball zur überlegenen Instanz, die durchschaut, wie die Bedrohungen entstehen und wie sie zu meistern sind, d. h. die über vermeintliche Handlungskompetenz verfügt. Dieser Schritt korrespondiert mit einer heroischen Definition des »Wir« (basierend etwa auf Nationalität, Religion oder Ethnie), die die Legitimation bereitstellen soll, die Interessen des eigenen Klubs (anknüpfend an James M. Buchanan) über die anderer zu stellen.¹⁶

Im Effekt werden »negative« Emotionen wie Angst, Ohnmacht oder Scham in ein »positives« Gefühl der Größe und Überlegenheit transformiert – ein Mechanismus, der aus Angst *Angstlust* macht und an Kants Analyse des Erhabenen erinnert, wo die anfängliche Bedrohung oder Überwältigung in ein Bewusstsein der eigenen Erhabenheit umschlägt.¹⁷

16 Buchanan, James M. (1965): An Economic Theory of Clubs. In: *Economica* (New Series), Band 32, Nr. 125, S. 1–14.

17 Ausführlich in Döring, Sabine (2020): How Safe Should We Feel? On the Ethics of Fear in the Public Sphere. In: Schmidt, Sebastian und Ernst, Gerhard

Eindrucksvoll illustriert Sebastian Haffner in seiner *Geschichte eines Deutschen*, wie viele seiner Generation (zu jung, um an die Front zu müssen) den Ersten Weltkrieg nicht mit Furcht, sondern im Rahmen eines Begriffsschemas eines enthusiastischen Heroismus erlebten, getragen von der Überzeugung, Deutschland könne nur als verdienter Sieger hervorgehen.¹⁸ Dieses Schema stiftete kollektiven Sinn und emotionale Verankerung in Angstlust, die nach dem Schock der unerwarteten Niederlage in Tollkühnheit umschlug und damit den Boden für den Nationalsozialismus bereitete.

Feindseligkeit gegenüber »den Anderen« ist damit nicht der Ursprung, sondern das Ergebnis eines Prozesses, der aus Angst zunächst Opferstatus und sodann Überlegenheitsstatus generiert. Scham und Ressentiment spielen dabei zwar eine Rolle, doch sind sie *Folgeemotionen*, die erst auf der vorgelagerten Angst- und Opferinszenierung aufbauen.

Was tun?

Wenig überraschend bin ich der Auffassung, dass es ohne die Fokussierung auf die den populistischen Angstschemas zugrunde liegenden Statusverlustängste keine erfolgreiche Strategie gegen den Populismus geben kann (auch wenn es weitere wichtige Faktoren gibt wie z. B. mangelhafte Problemlösekompetenz der Regierungen oder unzureichende Partizipation). Während die Forschung Statusverlustängste bislang vor allem *diagnostiziert*, fehlt eine systematische *Strategietheorie* zum Umgang mit ihnen, zumal der Fokus meist einseitig ökonomisch bleibt, obwohl, wie gezeigt, »Status« multidimensional zu verstehen ist. Dazu soll die hier vorgelegte Analyse populistischer Angstschemas einen ersten Beitrag leisten.

(Hg.), *The Ethics of Belief and Beyond: Understanding Mental Normativity*. London: Routledge, S. 215–233.

18 Haffner, Sebastian (2000): *Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933*. München: DVA.

Vor dem Hintergrund der multidimensionalen Prekarität ergibt sich: Lösungen können nicht darin bestehen, begehrte Aufwertungen auf Kosten anderer zu gewähren (etwa indem Männer über Frauen, Weiße über Nichtweiße gestellt werden, »den Reichen« Reichtum entzogen wird usw.). Genau dieses Rezept exklusiver Statussicherung kennzeichnet den Populismus: Anerkennung und Aufwertung nur für den eigenen Klub.

Der bloße Appell an universalistische Werte gibt Stolz und Selbstachtung nicht zurück; vielmehr wurde die liberale Diskurshegemonie zu einem Hauptangriffsziel, das als Einschränkung der Meinungsfreiheit, ja als neuer Totalitarismus oder Verschwörung gelesen wird.

Was besorgte Liberale bislang unternommen haben, lässt sich holzschnittartig als eine Kombination aus der Anhebung des ökonomischen Status der am schlechtesten Gestellten und der Herstellung einer Diskurshegemonie in der bisherigen Form, armiert durch die Stigmatisierung rechtspopulistischer Positionen, beschreiben. Doch dies hat den Aufstieg des Rechtspopulismus offenkundig nicht zu verhindern vermocht. Die entscheidende Frage lautet daher, wie Selbstachtung und Stolz in einer Weise wiederhergestellt werden können, die dem Universalismus Rechnung trägt. Universalismus – die Gleichheit des moralischen und rechtlichen Status aller –, als zentrale Errungenschaft der Aufklärung, ist dem klassischen Liberalismus ebenso wesentlich wie die These, dass Freiheit der grundlegende politische Wert sei. Dieses übergreifende liberale Begriffsschema bedarf einer Revision, die auch jene berücksichtigt, die Macht oder Status einbüßen. Die zentrale Frage lautet: *Wie lässt sich erreichen, dass reale und gefühlte Statusänderungen nicht als Nullsummenspiel erscheinen, d. h. jeder Statusgewinn des einen der Statusverlust eines anderen ist?*

Die Herausforderung besteht darin, universalistisch verstandene Freiheit so zu gestalten, dass Status, Stolz, Anerkennung und Selbstwertgefühl nicht in destruktive Asymmetrien kippen, die »totale Verlierer« erzeugen. Rawls eigenem Ansatz folgend, sind gerechte Institutionen wesentlich daran zu messen, ob sie die Selbstachtung aller Bürger sichern, die er als »vielleicht das

wichtigste Grundgut« bezeichnet.¹⁹ Gerechtigkeit verlangt demnach Institutionen, die allen Bürgerinnen und Bürgern die realistische Aussicht eröffnen, sich selbst als gleichberechtigtes Mitglied der Gesellschaft zu begreifen.

Das Differenzprinzip ließe sich daher im Geiste Rawls' multidimensional verallgemeinern: Umverteilung wäre nur dann gerechtfertigt, wenn sie den am wenigsten Anerkannten zugutekommt. Doch selbst ein Transfer aller Arten von Kapital löste nicht das Problem, dass es *relative* und nicht *absolute* Prekarität ist (und zwar nicht nur zu *anderen*, sondern auch zum *eigenen* früheren Status), die populistische Affekte nährt. Hier tritt der Grunddissens zwischen Egalitarismus und Liberalismus hervor: Der Egalitarist verwirft nicht nur materielle und politische, sondern letztlich *alle* Statusunterschiede, während der Liberale als Meritokrat den Entzug *verdienter* Unterschiede als illegitimen Freiheitseingriff zurückweist und sie wegen ihrer Anreizfunktion durchaus positiv sieht. Für ihn liegt die Aufgabe darin, die institutionellen Bedingungen zu sichern, unter denen Statusunterschiede nicht in Demütigung und Exklusion umschlagen, sondern mit der Selbstachtung aller vereinbar bleiben. Vielleicht ist der Mensch weniger darauf geeicht, sich zu vergleichen, als das bisher Gesagte nahelegt; vielleicht vermag ein *multidimensionaler Ordoliberalismus* Abstiegsängste hinreichend abzufedern und so ein multidimensionales Prekariat zu verhindern, sodass die verbleibenden Unterschiede als legitim anerkannt werden und Populisten vor leeren Rängen spielen. Darüber weiter nachzudenken, wäre in jedem Fall einen Versuch wert.

19 Rawls, John (1999): A Theory of Justice. Rev. ed. Cambridge, MA: Harvard University Press, S. 65f.